



Basis für das entwicklungspolitische Handeln der Landesregierung sind die Entwicklungspolitischen Schwerpunkte des Landes Nordrhein-Westfalen. Die Schwerpunkte stellen die entwicklungspolitische Arbeit der Landesregierung in den Kontext der Agenda 2030 und ihrer 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs). Entwicklungspolitisches Engagement lebt vor allem von einer lebendigen, starken Zivilgesellschaft. Hier verfügt Nordrhein-Westfalen über eine außerordentlich vielfältige Landschaft. Nordrhein-Westfalen pflegt vielfältige internationale Beziehungen und engagiert sich entwicklungspolitisch vor allem in Ländern und Regionen, denen das Land besonders verbunden ist. Seit 2007 ist Ghana Partnerland von Nordrhein-Westfalen, seit 2021 besteht eine Partnerschaft mit Nordmazedonien. Im Februar 2023 ist die Landesregierung eine Regionalpartnerschaft mit der Oblast Dnipropetrowsk in der Ukraine eingegangen.

Der Konkrete Friedensdienst fördert junge Erwachsene aus Nordrhein-Westfalen. Diese Unterstützung bietet einen Reisekostenzuschuss für vielfältige Projekteinsätze, die zwischen 25 Tage und zwölf Wochen dauern. Die Teilnehmenden planen ihre Auslandsaufenthalte in eigener Regie und kooperieren gleichberechtigt mit Organisationen in den Ländern des globalen Südens. Darüber hinaus bestehen im Rahmen des Konkreten Friedensdienstes Kooperationen, die es jungen Berufstätigen wie z. B. Handwerkerinnen und Handwerkern oder Auszubildenden aus Pflegeberufen ermöglicht, an einem Projekt im Ausland teilzunehmen. Ein wechselseitiger Austausch zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure des globalen Südens ist darüber hinaus fester Bestandteil des Konkreten Friedensdienstes.

Mit dem Programm zur Förderung der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit (EplB) unterstützt das Land die entwicklungspolitische Bildungsarbeit nordrhein-westfälischer Eine-Welt-Gruppen und Nichtregierungsorganisationen. Ziel ist es, bei den Menschen in Nordrhein-Westfalen ein Bewusstsein für globale Zusammenhänge zu schaffen, das Wissen über die Situation in Ländern des Globalen Südens zu vertiefen, Fremdenfeindlichkeit vorzubeugen und bei den Bürgerinnen und Bürgern die Bereitschaft zu wecken, einen eigenen Beitrag zu einer gerechten globalen Entwicklung zu leisten.

Die entwicklungspolitische Bildungsarbeit wird von der Landesregierung außerdem durch das Promotorenprogramm, das eine Grundversorgung der Zivilgesellschaft mit Expertise in diesem Bereich sichert, unterstützt. Das Programm wird von Eine-Welt-Organisationen in ganz Nordrhein-Westfalen umgesetzt. Träger sind das Eine Welt Netz NRW und Engagement Global, Außenstelle Nordrhein-Westfalen (Düsseldorf).

Entsprechend der entwicklungspolitischen Schwerpunkte des Landes Nordrhein-Westfalen wird auch die kommunale Entwicklungszusammenarbeit gefördert. Kommunen können für Entwicklungspartnerschaften einen sehr konkreten und wesentlichen Beitrag leisten

- etwa, wenn es um die Sensibilisierung für entwicklungspolitische und internationale Zusammenhänge geht und um die wechselseitige Wirkung von lokalem Handeln auf die globale Welt und umgekehrt. Kommunale Entwicklungspartnerschaften bauen hier eine wichtige Brücke zwischen den Menschen in Nordrhein-Westfalen und denjenigen in den Partnerkommunen. Einen Schwerpunkt der Landesförderung bildet die Unterstützung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit mit der Ukraine, um einen Beitrag zum Wiederaufbau des Landes zu leisten. Die Landesregierung möchte die Kommunen dabei unterstützen, ihre Aufgaben an den Prinzipien der Agenda 2030 auszurichten, um so der globalen Verantwortung gerecht zu werden.

Mit ihrem Auslandsprogramm fördert die Landesregierung entwicklungspolitische Projekte von Nichtregierungsorganisationen aus Nordrhein-Westfalen. Das Programm unterstützt Eine-Welt-Initiativen, Vereine, Migrantenorganisationen, kirchliche Gruppen und andere, die sich in Kooperation mit Partnerorganisationen im Globalen Süden dafür einsetzen, die Lebensbedingungen vor Ort nachhaltig zu verbessern. Schwerpunkte des Programms sind Bildung, Gesundheit, ökologische Nachhaltigkeit sowie nachhaltiges Wirtschaften und die Schaffung von Arbeit.

Mit inzwischen 26 Organisationen der Vereinten Nationen (VN) ist die Bundesstadt Bonn Deutschlands wichtigster UN-Standort und ein einzigartiges Kompetenzzentrum für internationale Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung. Darüber hinaus widmen sich über 170 international tätige Einrichtungen, Wissenschafts- und Wirtschaftsinstitutionen sowie Regierungs- und Nicht-Regierungsorganisationen den drängenden entwicklungspolitischen und Nachhaltigkeitsfragen unserer Zeit. Zu ihnen zählen u. a. die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Engagement Global (EG) und das German Institute of Development and Sustainability (IDOS). Bei der Umsetzung ihrer entwicklungspolitischen Ziele arbeitet die Landesregierung auch mit der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen (SUE) zusammen, die ebenfalls ihren Sitz in Bonn hat. Im Schulterschluss mit dem Bund und der Stadt fördert die Landesregierung die Entwicklung Bonns unter anderem durch die Ansiedlung neuer VN-Sekretariate und anderer internationaler Organisationen wie auch durch die Durchführung von Veranstaltungen, unterschiedlichen Konferenzformaten und Projekten, die dazu beitragen, den Austausch zu globalen Nachhaltigkeitsfragen voranzutreiben.

Nordrhein-Westfalen ist das größte von vier Stifterländern der 1986 gegründeten Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:) mit Sitz in der Bundesstadt Bonn. Die sef: versteht sich als Forum zum interdisziplinären und internationalen Austausch über globale Herausforderungen. Mit ihrer Arbeit will sie dazu beitragen, das Bewusstsein für globale Zusammenhänge zu schärfen. In ihren Veranstaltungen und Publikationen führt sie wissenschaftliche Erkenntnisse mit Erfahrungen aus der politischen Praxis zusammen.

Die auf Initiative der Landesregierung im Jahr 2021 gegründete

NORDRHEIN-WESTFALEN

„Nordrhein-Westfälische Akademie für Internationale Politik“ in Bonn ist ein weiterer Ausdruck des vielfältigen Landesengagements, um den Ausbau des internationalen Standortes Bonn zu unterstützen und sich gleichzeitig aktiv um einen internationalen Austausch zu entscheidenden Zukunftsfragen zu bemühen.

